



Bild: [United States Government Work](#)

Strategischer Wendepunkt für Europa im Norden – *Schweden und Finnland geben Bündnisfreiheit auf. Dänemark stimmt über EU Verteidigungsintegration ab. Nordischer Rat verweist auf das Potenzial strategischer Mineralien im Norden.*

Schweden und Finnland stellten am 18. Mai offiziell ihren Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO

Finnlands Staatspräsident Niinistö hielt sich am 17. und 18. Mai zu einem Staatsbesuch in Stockholm auf, wo er an der Seite des schwedischen Königs Carl XVI. Gustaf nunmehr auch offiziell den Weg seines Landes in die NATO bekräftigte. Beide Länder hatten bereits nach [langen politischen Debatten in den Tagen zuvor entschieden](#), den Weg für einen Antrag frei zu machen. Noch am Dienstag hatte das finnische Parlament mit 188 Ja-Stimmen gegenüber 8 Nein-Stimmen deutlich für den Antrag gestimmt.

Finnland war von Beginn an die treibende Kraft im NATO-Prozess, zuletzt mit einer Zustimmung von 73% in der Bevölkerung und zügig eingeleiteten politischen Debatten. Schweden war dagegen zögerlicher, die Zustimmung für einen Beitritt lag Anfang dieser Woche erst bei 58%. Ministerpräsidentin Andersson hatte noch am 8. März gesagt, dass ein Beitritt eine destabilisierende Auswirkung auf die Region nach sich ziehen werde. Die Sozialdemokraten taten sich mit ihrer Entscheidung bis zum letzten Sonntag sehr schwer, was auch an der langen Tradition von Neutralität und Bündnisfreiheit Schwedens lag. Am Montag aber trat die Ministerpräsidentin gemeinsam mit dem Vorsitzenden der konservativen Oppositionspartei „Moderate“ Kristersson vor die Presse, um die Entscheidung der Regierung zu verkünden, einen NATO-Antrag einzureichen. „Das Beste für die Sicherheit Schwedens und des schwedischen Volkes ist, dass wir der NATO beitreten, und zwar gemeinsam mit Finnland“, sagte Andersson. Kristersson nannte die Entscheidung "historisch" und wies darauf hin, dass sie über der Parteipolitik stehe. Die „Moderaten“ waren die Partei, welche bereits seit Jahrzehnten für einen NATO-Beitritt geworben hatte und nun auch die treibende Kraft in der parlamentarischen Diskussion der letzten Wochen war.

Zum NATO-Antrag Schwedens und Finnländs notierte der ehemalige Ministerpräsident Carl Bildt am 15. Mai auf [seinem Blog](#), „Jetzt beginnt ein formaler Prozess, der die nordischen Länder und die Ostseeregion in einem breiteren europäischen und atlantischen Sicherheitsrahmen vereinen wird, wie wir es seit dem Zusammenbruch der Kalmarer Union (Anm. der Red. Die Kalmarer Union war eine Vereinigung der Königreiche Dänemark, Norwegen und Schweden im Mittelalter) vor einem halben Jahrtausend nicht mehr erlebt haben.“

Was bieten Schweden und Finnland dem Verteidigungsbündnis an? Eine gut ausgerüstete Luftwaffe, U-Boote, arktische Kampferfahrung und eine starke Waffenindustrie insbesondere in Schweden. Die NATO-Luftstreitkräfte im Ostseeraum würden gestärkt. Finnlands 280.000 Personen starke Reservistenarmee würde die Flanke der NATO im Nordosten stärken.

Und Russlands Reaktion? Im Wesentlichen eine Form der stillen Akzeptanz. Der russische Präsident sagte am Montag, die vorgeschlagene Nato-Erweiterung stelle "keine direkte Bedrohung für Russland" dar und fügte hinzu, er habe "keine Probleme" mit Finnland oder Schweden. [Putin warnte](#) aber, dass "die Ausweitung der militärischen Infrastruktur auf dieses Territorium eine Antwort von uns provozieren würde [...], basierend auf den Bedrohungen, die sie für uns schaffen".

Die Frage der Stationierung von Nato-Truppen in Schweden und Finnland sowie der nuklearen Teilhabe wird die Diskussion in den kommenden Monaten voraussichtlich dominieren.

Wie geht es jetzt weiter? [Man erwartet](#), dass in den nächsten zwei Wochen das Nato-Beitrittsprotokoll unterzeichnet und sodann an alle 30 Nato-Mitgliedsländer zur Ratifizierung gesendet wird. Dieser Ratifizierungsprozess dauert in der Regel zwischen sechs Monaten und einem Jahr, könnte aber deutlich abgekürzt werden.

Worum geht es der Türkei bei ihrem derzeitigen Einspruch gegen die Mitgliedschaft der beiden Länder? Sie fordert von Schweden und Finnland eine [Gegenleistung für die Nato-Mitgliedschaft](#): sechs angebliche PKK-Anhänger aus Finnland und 11 aus Schweden sollen ausgeliefert werden; darüber hinaus soll Schweden 10 mutmaßliche Mitglieder der Gülen-Bewegung ausliefern.

Beide Länder sind derweil aber zuversichtlich, dass sie im Gespräch mit der Türkei eine Einigung erzielen können.

Dänische Volksabstimmung am 1. Juni über die Rücknahme des militärischen EU Opt-Outs.

Dänemark will sich der EU verteidigungspolitisch annähern.

Am 1. Juni wird in Dänemark eine Volksabstimmung zur Abschaffung des Opt-outs (der Ausnahmeklausur) über die Beteiligung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU stattfinden. Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hatte die dänische Regierung beschlossen, ihre sicherheitspolitischen Vorbehalte gegenüber der EU abzuschaffen und enger mit ihren europäischen Partnern zusammen zu arbeiten. Ein parteiübergreifendes Abkommen hatte den Weg dafür freigemacht und gleichermaßen eine Anhebung des Verteidigungshaushalts bis 2033 vorgesehen. Seit April ist ein Bataillon von [800 dänischen Soldaten in Lettland stationiert](#) um die Präsenz der Nato im Baltikum zu verstärken.

Neuwahlen in Dänemark? Die Volksabstimmung zur GSVP wird als Barometer für die Popularität der Ministerpräsidentin Frederiksen und ihrer sozialdemokratischen Regierung gesehen. Sollte eine Mehrheit der Wähler den neuen verteidigungspolitischen Kurs der Regierung unterstützen, so könnte das auf ein hohes Maß an Vertrauen in die Sozialdemokraten andeuten. Frederiksen, die nach der dänischen Verfassung vor dem 4. Juni 2023 Neuwahlen ansetzen muss, könnte daraufhin versucht sein bereits im Juli oder August die Wahl zum Folketing auszurufen.

Strategische Mineralien im Norden

Um ihre Energie- und Emissionsziele für das Jahr 2050 zu erreichen, wird die Europäische Union große Mengen an mineralischen und metallischen Rohstoffen importieren müssen, um die Grundlagen für eine neue, nachhaltige Infrastruktur und Technik zu schaffen. Die Covid-19-Pandemie und die geopolitischen Auswirkungen

der russischen Invasion in der Ukraine haben die Notwendigkeit einer vorhersehbaren und sicheren Lieferkette deutlich gemacht.

[Eine aktuelle Studie des Nordischen Rates](#) hat ergeben, dass viele der von der Europäischen Union als kritisch eingestuften Ressourcen effizient in den nordischen Ländern gewonnen werden können, insbesondere in Gebieten oberhalb des Polarkreises. Bislang wurden diese Ressourcen nicht ausreichend erforscht oder ausgebaut, was teilweise auf mangelndes Interesse und teilweise auf logistische Schwierigkeiten beim Zugang zu ihnen zurückzuführen ist. Der wachsende Zielkonflikt zwischen lokalen und regionalen Umweltinteressen und der Notwendigkeit, den Klimawandel abzuschwächen und den Kohlenstoffausstoß zu verringern, spielt in diesem Prozess ebenfalls eine Rolle.

Wichtig sind vor allem die Seltene Erden, welche für Windenergie, Elektronik und elektrische Fahrzeugproduktion erforderlich sind und bislang hauptsächlich in China abgebaut werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Regionalprogramm Nordische Länder

Info.nordics@kas.de

+46 (0) 8 611 7000

<https://www.kas.de/de/web/nordische>



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>)